



Rauchende Schloten, gigantische Förderanlagen und das in Brunsbüttel gleich vierfach. Auch im südhessischen Großkrotzenburg, wo die im Bild gezeigte Anlage steht, gibt es Proteste.

Foto: ddp

Electrabel will ein Kraftwerk mit einer Leistung von 800 Megawatt am Brunsbütteler Elbehafen bauen. Das Investitionsvolumen wurde mit 900 Millionen Euro angegeben. 120 Arbeitsplätze werden in Aussicht gestellt. Mit der Fertigstellung der Anlage wird nicht vor dem Jahr 2012 gerechnet.

Die SüdWestStrom Kraftwerk GmbH & Co.KG.

Diese vier Kraftwerke sind geplant

will eine Anlage mit doppelter Leistung, nämlich 1600 Megawatt, errichten. Fast genau vor einem Jahr wurde bei einem Itzehoer Notar im Beisein von Wirtschaftsminister Dietrich Austermann ein Optionsvertrag für ein 28 Hektar großes Areal am Elbehafen unterzeichnet. Die Investitionssumme wurde

damals mit rund 1,6 Milliarden Euro angegeben. 130 Arbeitsplätze sollen geschaffen werden.

Ein weiteres Kraftwerk mit noch einmal 800 Megawatt Leistung will die Getec GmbH & Co.KG. auf dem Gelände des Industrieparks Bayer im Bereich der Gemeinde Büttel bauen.

Die erforderlichen Flächen dafür sind bereits für industrielle Anlagen ausgewiesen, sodass das Vorhaben grundsätzlich zulässig ist. Notwendig ist aber auch hier eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionschutzgesetz.

Zwei kleinere Anlagen mit jeweils 70 Megawatt

Leistung hat die Industrieheizkraftwerk Brunsbüttel GmbH (IHKW) beantragt. Der Bau ist auf dem Bayergelände vorgesehen und soll dem Eigenbedarf dienen. Allerdings kommt hier keine Steinkohle zum Einsatz. Vorgesehen ist die Verbrennung von sortierten Abfällen.

Bei allen geplanten Kraftwerken geht man, so heißt es in Vorlagen für Gemeinderatssitzungen in der Wilstermarsch, davon aus, dass es durch den Ausstoß von Feinstäuben und Gasen zu Belastungen oder gar Gefährdungen von Böden, Pflanzen, Vieh und Menschen kommt. Außerdem wird verstärkter Lkw-Verkehr in der Region befürchtet. (vm)

Lieber alternative Energien statt „CO2-Schleudern“

Kreistagsabgeordnete stehen den geplanten Kohlekraftwerken skeptisch gegenüber.

Itzehoe – In einer aktuellen Stunde diskutierte gestern der Kreistag über die geplanten Kohlekraftwerke in Brunsbüttel. Die Abgeordneten waren sich dabei zumindest in einem Punkt einig: Eigentlich möchte die „CO2-Schleudern“ (Willi Göttsche, FDP) niemand haben. Als Träger öffentlicher Belange kann das Gremium zwar seine Meinung kundtun, die Entscheidungshoheit bei diesem Thema hat es aber nicht – die liegt bei der Landesregierung.

Schon vor der letzten Kreistagssitzung des Jahres versammelte sich eine Menschentraube in der Viktoriastraße in Itzehoe. Mitglieder

der neu gegründeten Bürgerinitiative Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe forderten vor dem Kreistagsgebäude den Verzicht auf neue Kohlekraftwerke. „Die sind überflüssig und verursachen erhebliche Umwelt- und Gesundheitsschäden“, erklärte der ehemalige Kreistagsabgeordnete Dr. Karsten Hinrichsen (Die Grünen).

Sein Appell:

„Die Verbraucher sollen sich nicht täuschen lassen. Mit Blick auf die Schäden, die Kohlekraftwerke verursachen, ist Windenergie wesentlich günstiger.“

Auch die Vertreter im

Kreistag stehen den geplanten Kraftwerken mehrheitlich skeptisch gegenüber. „Regenerative Energien müssen entwickelt werden“, war der allgemeine Tenor.

„Wir wollen keine Dinosauriertechnologie“, forderte Dr. Jürgen Ruge von den Grünen eine Abkehr von den geplanten Kraftwerken. Dass es zu diesen momentan nur eine Alternative gebe, erläuterte

Werner Schultze: „Wir müssen realistisch sein. Ein gleichzeitiger Verzicht von Kohle- und Kernenergie ist nicht machbar“, verdeutlichte der CDU-Politiker. Noch könnten durch Wind-

und Solaranlagen erst 30 Prozent der benötigten Energie in Schleswig-Holstein gedeckt werden. Um diese alternativen Kraftquellen aber weiterzuentwickeln, sei der Bau von Kohlekraftwerken der falsche Schritt, betonte Heinrich

Voß von den Grünen. „Mit einer Lebensdauer von 40 bis 60 Jahren verhindern die Kohlewerke über die kommenden Jahrzehnte die Investition in regenerative Energien.“

Landrat Dr. Burghard Rocke wollte hingegen einen

anderen Aspekt nicht außen vor lassen: „Es ist vielleicht ungeschickt, aber ich freue mich über jeden Arbeitsplatz in der Region, der geschaffen wird.“ Durch den Bau der Kohlekraftwerke kämen einige dazu.

BENGT-JENDRIK LÜDKE



Gegen Kohlekraftwerke:
Dr. Karsten Hinrichsen. Foto: bjl

Auch die Landwirte machen mobil

Steinburgs Landwirte befürchten durch neue Kraftwerke im Wirtschaftsraum Brunsbüttel unzumutbare Belastungen. In einem Musterbrief für einzelne Landeigentümer an das staatliche Umweltamt in Itzehoe in Bezug auf die Pläne der IHKW GmbH heißt es unter anderem: „Es ist zu befürchten, dass die in meinem landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Produkte nur nicht mehr oder nur noch eingeschränkt ver-

marktet werden können.“ Unter Umständen drohe damit sogar die Gefährdung der betrieblichen Existenz. Insbesondere wird dabei auf mögliche Belastungen durch Dioxine, Furane und auch Schwermetalle sowie auf Stoffe, deren Gefährlichkeit heute noch gar nicht erkannt ist, hingewiesen. Ein weiterer Vermögensschaden bei Grund und Boden, so heißt es weiter, könnte durch eine Versauerung des Erdreichs entstehen, was

wiederum zusätzliche Düngemaßnahmen zur Folge hätte.

Landwirte fordern in dem Schreiben regelmäßige Schadstoffuntersuchungen auf ihren Flächen sowie unverzügliche Informationen für den Fall des Eintretens von Störfällen. Abschließend wird mit dem Hinweis auf die im Wirtschaftsraum Brunsbüttel zahlreich vorhandenen Industrieanlagen die Umkehr der Beweislast gefordert. (vm)